

## 800 Spitalsbetten werden „eingespart“ Ist die Gesundheitsvorsorge in Gefahr?

Schock für die Steirer: Bis zum Jahre 2010 sollen in den steirischen Spitälern bis zu 780 Betten entfernt werden. Die KPÖ lehnt diesen Kahlschlag ab.

Fast 800 Spitalsbetten weniger in der Steiermark wünscht sich die steirische Spitalsführung – die dramatische Kürzung sollen durch das weitere Verringern der Verweilzeit der Patienten in den Krankenhäusern erreicht werden.

Aber: Schon jetzt gibt es in Graz zu bestimmten Zeiten Engpässe bei den Spitalsbetten. Da kommt es immer öfter vor, dass die Rettung Patienten zur Erstaufnahme ins LKH bringt, von wo die Kranken wegen der über-vollen Stationen weiter ins LKH West gebracht werden müssen.

Dazu kommt, dass noch pflegebedürftige Patienten immer früher entlassen werden. Dieser Trend wird sich durch die geplanten Bettenreduzierungen noch verschärfen, warnt die KPÖ. Es gibt viel zu wenige Pflegeeinrichtungen für eine Nachbe-



treuung – die Pflege wird auf die Familien abgeschoben, die damit fast immer überfordert sind.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher: „Unsere Gesellschaft ist reich und produktiv wie noch nie. Die Menschen haben ein Recht auf eine optimale Gesundheitsversorgung. Statt einer Fließbandabfertigung in den Spitälern brauchen wir die Erschließung neuer Geldquellen zur Finanzierung unseres Gesundheitssystems; etwa durch einen steuerlichen Zugriff auf den Reichtum.“ Sie wird sich im Landtag dafür einsetzen, dass die Bettenreduzierung verhindert wird.

## Stopp dem Energie-Preis-Wucher

Der Preistreiber im Energiebereich will die KPÖ ein Ende setzen. Die Ideen: Billiger Tanken bei Landestankstellen, billiger Heizen durch neues Pelletwerk des Landes.

Die ganze Steiermark stöhnte im Juli nicht nur unter der Hitze, sondern schon seit langem unter den Energiepreisen. Egal ob Strom, Fernwärme, Diesel oder Heizpellets – überall gehen die Preise bergauf. Die KPÖ will der Preistreiber ein Ende setzen; durch das Öffnen der Landestankstellen und durch einen Vorstoß bei der Pelletproduktion.

Das Öffnen der Landestankstellen wurde ja vor der Sommerpause des Landtags mit der SPÖ beschlossen. Allein die zuständige ÖVP-Landesrätin Christina Edlinger-Ploder ist nicht bereit, den Diesel tatsächlich um 15 Cent pro Liter billiger abzugeben; ihre ÖVP wehrte sich vor dem Beschluss mit Händen und Füßen dagegen.

Einen besonderen Preis-schub gab es bei Holzpellets. Sie wurden laut Arbeitskammer in nur zwei Monaten um 15 Prozent teurer. „Im Windschatten der Preistreiber bei Treibstoffen versuchen die Pelletproduzenten, die auch vom Land großzügig unterstützt werden, jetzt in die Taschen der Haushalte zu greifen“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger.

Er denkt an das Errichten von Pelletieranlagen als sinnvolle Aufgabe für die Landesholding. Das brächte neue Arbeitsplätze. Und das Land könnte im Sinne der Bewohner als Preisregulator auftreten.

### KOMMENTAR

#### Staublunge ade?

Jetzt kommt Bewegung in die Feinstaub-Misere. Nachdem im Großraum Graz der Kfz-Verkehr als Feinstaub-Erreger Nummer Eins identifiziert wurde, macht Umweltlandesrat Manfred Wegscheider seine Ankündigungen wahr und verhängt ab heuer im Winter Fahrverbote, wenn der Feinstaub-Grenzwert an mehr als fünf Tagen überschritten ist.

Damit wird endlich ein Schritt für eine bessere Luft in Graz gesetzt, für weniger hustende Kinder, für mehr Lebensqualität in der Stadt. Unpassend sind da die Unkenrufe der ÖVP-Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder. An erster Stelle steht die Gesundheit! Da wird hoffentlich auch noch die junge Landesrätin draufkommen. **ts**

## EU-Briefkästen: Widerstand mit Erfolg

Letztlich hatte der Widerstand gegen die von der EU vorgeschriebenen neuen Hausbriefanlagen, deren Kosten die Mieter tragen müssen, genützt. Nach einem oberstgerichtlichen Urteil wurde die Verpflichtung zum Tausch abgeblasen.

Genossenschaften wie ÖWGES und GWS haben die Montage mittlerweile gestoppt. Und auch aus dem Büro von Stadträtin Elke Kahr heißt es: „Wir



bleiben bei den alten Briefkästen.“

Die Bestellung der neuen EU Briefkästen für 4200 Gemeindefamilien wurde storniert.